

Islamisten müssen  
konsequent  
ausgewiesen werden

## Nach dem „7. Juli“ in London

Aschot Manutscharjan

Jetzt gehört auch London zu den Metropolen, die unmittelbar in die „Frontlinie des Heiligen Krieges“ einbezogen wurden – nach New York, Washington, Moskau und Madrid. Immerhin war es in Paris, Mailand und in zahlreichen anderen Großstädten der „Kafirs“, der „Ungläubigen“, gelungen, Anschläge zu vereiteln.

Traurige Wahrheit: Die Terrorakte in London konnten kaum jemanden wirklich überraschen. Die Frage lautete nicht ob, sondern nur wann es passieren würde. Mit diesem Tenor werden in den Medien zurzeit die Spitzen der Londoner Sicherheitsdienste zitiert. Denn der engste Verbündete der USA im Irak-Krieg und in Afghanistan gehörte längst zu den bevorzugten Angriffszielen islamistischer Terroristen. Dennoch gelang es den Behörden nicht, die Terroranschläge zu verhindern und die Terroristen im Vorfeld zu identifizieren; schließlich handelt es sich hierbei um die Suche nach der berühmten Nadel im Heuhaufen. Dabei war bekannt, dass sich Aktivisten des „Heiligen Krieges“ und Sympathisanten der El-Kaida-Ideologie entschlossen hatten, in „Londonstan“ zu leben. Dabei nutzten sie die in westlichen Demokratien selbstverständliche Meinungs- und Pressefreiheit, um ihre menschenverachtende Ideologie weiter zu verbreiten und neue Anhänger zu rekrutieren.

Unterdessen fühlen sich vor allem Deutsche und Franzosen allzu schnell in ihrem Anti-Amerikanismus bestätigt, indem sie die Folter-Verbrechen einzelner Militärs im Gefängnis von Abu Grhaib

schnell der gesamten US-Armee anlasten. Dabei wird vergessen, dass die Folterknechte von US-Gerichten zu Recht hart bestraft worden sind. Während die USA und ihre Verbündeten den Frieden im Irak zu verlieren drohen, wird häufig unterschlagen, warum der Krieg überhaupt begonnen wurde. Immerhin gelang es, einen brutalen Diktator zu vertreiben, der sein Volk jahrzehntelang unterdrückt hat und sich nicht scheute, Minderheiten im Land mit Giftgas zu vernichten. Oder Afghanistan: Dort half die Anti-Terror-Koalition, ein fundamentalistisches Regime von Steinzeit-Islamisten zu stürzen, das einem Verbrecher wie Osama bin Laden und seinen Anhängern nicht nur einen sicheren Rückzugsraum bot, sondern ihm die Ausbildung immer neuer Killer-Kommandos ermöglichte. Nur Exoten scheinen sich für das afghanische Volk zu interessieren, das nach drei Jahrzehnten Krieg und Unterdrückung endlich eine Chance auf eine friedliche Zukunft erhält. Die Afghanen sind jedenfalls dankbar dafür.

Für all das, aber auch für das Scheitern der Nahost-Politik und vieles andere mehr mussten jetzt unschuldige Menschen in London mit ihrem Leben bezahlen, andere werden für ihr Leben gezeichnet sein. „Denkt daran, dass diese Schlacht im Namen Gottes geschlagen wird, und das ist die ganze Welt wert und alles, was darin ist“, stand in einem Brief, den einer der Attentäter vom 11. September bei sich trug. Wer glaubt, Sympathisanten und „Gotteskrieger“ von ihren Überzeugungen abbringen zu können, verhält sich grob fahr-

lässig. Denn alles, was uns wichtig ist, gilt diesen Terroristen als vernichtenswert.

Auch unsere Politiker müssen sich die Frage gefallen lassen, ob sie wirklich alles Menschenmögliche getan haben, um derartige Anschläge zu verhindern. Natürlich gibt es keine hundertprozentige Sicherheit. Aber die Frage muss doch erlaubt sein, warum identifizierten Fundamentalisten so leicht Asyl gewährt wurde und wird. Wenn es denn stimmt, dass hier zu Lande tausende gewaltbereite ausländische Islamisten von den Sicherheitsbehörden observiert werden, warum werden sie nicht ausgewiesen? Die Menschen, die jeden Tag mit der U-Bahn oder dem Bus zur Arbeit fahren müssen, haben ein Recht auf Antwort.

Wer glaubt, schärfere Anti-Terror-Gesetze würden Demokratie und Freiheit hier zu Lande gefährden, irrt. Vielmehr ist der Staat verpflichtet, eine seiner fundamentalen Aufgaben wahrzunehmen: die Gewährleistung der Sicherheit seiner Bürger. Um sie muss sich die Politik kümmern und nicht um einige tausend Extremisten, die sich dem „Endsieg des Islam“ verschrieben haben. Inzwischen informieren große regionale wie überregionale Tageszeitungen ihre Leserschaft darüber, dass sich ihre Stadt, sei es nun Berlin, Hamburg, Frankfurt oder Köln, zu einer Islamisten-Hochburg entwickelt habe. Allein in Berlin sollen über 5700 Personen zu „extremistischen Ausländerorganisationen“ gehören.

Auch wenn es Sicherheitskräfte einmal mit viel Mühe schaffen sollten, in die Islamistszene einzudringen und gewaltbereite Personen zu identifizieren, reichen die „Beweise“ vor Gericht häufig nicht aus. Während also Polizei und Verfassungsschutz alles versuchen, um präventiv Terroranschläge zu verhindern, kommen sie tatsächlich nicht sehr weit. Ein Beispiel soll dies veranschaulichen: In Berlin wurde vor ein paar Monaten ein Mann verurteilt, der

im Dunstkreis einer „extremistischen Ausländergruppe“ aktiv war. In seiner Wohnung fand man Blaupausen für Zeitzylinder und mehrere Handys, vergleichbar denen, die bei den Madrider Anschlägen benutzt wurden; außerdem eine Pistole, gefälschte Pässe mit Einreisevisa und eine Liste von Chemikalien, die für den Bau von Sprengsätzen benutzt werden. Alles kein Grund, den Mann als Terroristen zu verurteilen, entschied das Kammergericht. Die Beweise seien nun einmal nicht ausreichend. Verurteilt wurde der Angeklagte dann zwar trotzdem, aber „nur“ wegen Steuerhinterziehung und illegalen Waffenbesitzes. Auch wenn es zynisch klingt: Müssen erst Dutzende Tote aus einer U-Bahn in Berlin, Frankfurt oder Hamburg geborgen werden, bis etwas passiert? Dann werden sich Richter über die Fülle an Beweisen nicht zu beklagen haben.

Traurige Ironie der Geschichte: Ausgerechnet am 7. Juli 2005 leistete sich das oberste deutsche Gericht eine ähnliche Peinlichkeit. An diesem Tag wurde bekannt, dass das Bundesverfassungsgericht die von der Berliner Ausländerbehörde verfügte Ausweisung eines Hasspredigers ausgesetzt hat. Der Imam hatte nachweislich enge Kontakte zur Extremistenorganisation „Milli Görüs“ und verherrlichte in seinen Predigten die im Irak und in Jerusalem kämpfenden Märtyrer. Jetzt darf er weiter in Deutschland bleiben. Ohne die Neutralisierung dieser Imame, die Schlüsselpersonen im „Heiligen Krieg“ sind und moslemischen Sympathisanten den „Gottesegen“ erteilen, wird man den Nährboden für terroristischen Nachwuchs nicht trockenlegen können. Hinzu kommt, dass diese Imame die friedlichen islamischen Gemeinden in Deutschland polarisieren und erpressen. Kurz: Ohne ihre konsequente Ausweisung wird weder die Integration der Muslime hier zu Lande gelingen noch der Kampf gegen den islamistischen Terror.